Kommunalwahlprogramm 2025 der AfD Bonn

in einfacher Sprache

(Original: https://afd-bonn.de/wp-content/uploads/2025/07/Kommunalwahlprogramm-Bonn.pdf)

1. Migration und Remigration

- Deutschland ist nicht verantwortlich dafür, dass die Bevölkerung in anderen Ländern stark wächst.
- Im Dezember 2024 hat Bonn das 19. Flüchtlingsheim eröffnet. Die AfD sagt: *Das reicht!* Bonn ist verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen, die nach einem bestimmten System (Quote) vom Land NRW zugewiesen werden.
  Tatsächlich nimmt Bonn aber mehr Flüchtlinge auf, als es müsste (124 % der Quote). Die AfD fordert: Bonn soll nur so viele Flüchtlinge aufnehmen, wie gesetzlich vorgeschrieben ist.
  Außerdem: Abgelehnte oder geduldete Asylbewerber sollen schnell und konsequent abgeschoben werden.

Beauftragter für Remigration

- Das Bonner Ausländeramt gehört bisher zum Bereich „Allgemeine Verwaltung, Digitalisierung und Ordnung“.
- Die AfD fordert, dass es zusätzlich den Bereich „Remigration“ geben soll.
- Dafür soll eine neue Stelle geschaffen werden: ein *Remigrationsbeauftragter*.
- Dieser soll Abschiebungen und ausländerrechtliche Maßnahmen besser koordinieren.
- Zur Finanzierung will die AfD alle städtischen Fördergelder für Vereine und Institutionen streichen, die Migration unterstützen oder Abschiebungen verhindern.

Arbeit für Asylbewerber

- Laut Gesetz können Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden.
- Die AfD fordert: Dieses Gesetz soll in Bonn sofort angewendet werden.
- Das heißt: arbeitsfähige Asylbewerber, die nicht zur Schule gehen, sollen gemeinnützige Arbeit leisten.

„Sicherer Hafen“ beenden

- Einige Städte in Deutschland – auch Bonn – haben sich zu „sicheren Häfen“ erklärt.
- Das bedeutet: Sie wollen zusätzlich Flüchtlinge aufnehmen, die über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind.
- Die AfD fordert:
    - Bonn soll diese **Erklärung sofort zurücknehmen.**
    - Bonn soll auch aus dem Verein „Städte Sicherer Häfen“ austreten.

„Diversitätsprogramme“ abschaffen

- Bei Einstellungen im öffentlichen Dienst sollen nur Leistung, Eignung und Qualifikation zählen.
- Programme der Stadt, die Vielfalt (Diversität) fördern, sollen sofort gestoppt werden.
- Die AfD meint: Fachkräftemangel wird nicht durch mehr Zuwanderung gelöst.
- Im Gegenteil: Mehr Zuwanderung führt ihrer Ansicht nach dazu, dass die Stadt noch mehr Menschen versorgen muss, was den Mangel verschärft.

2. Sicherheit

- Die AfD sagt: Mehr Kriminalität in Bonn ist die Folge von unkontrollierter Zuwanderung.
- Besonders bei Messerangriffen liege Bonn sehr weit vorne – laut AfD sogar auf Platz 2 in Deutschland (2024, bezogen auf die Einwohnerzahl).
- Politiker würden das Problem ignorieren oder verharmlosen.
- Die AfD behauptet: Seit 2015 gibt es in Deutschland deutlich mehr Messerangriffe.

Forderungen der AfD:

- Härtere Strafen: Alle rechtlichen Mittel sollen konsequent angewendet werden.
- Sie kritisiert die sogenannte „Kuscheljustiz“ (zu milde Strafen).
- Messerverbotszonen (z. B. in bestimmten Straßen oder Plätzen) hält sie für wirkungslos.

- Stattdessen sollen Einzelverbote für Intensivtäter (Personen, die mehrfach auffällig sind) ausgesprochen und streng kontrolliert werden.
- Mehr Personal im Ordnungsamt: Die AfD will, dass das Bonner Ordnungsamt deutlich mehr Mitarbeiter bekommt.
- Diese sollen außerdem besser ausgebildet und ausgestattet werden.

3. Sauberkeit & Ordnung

- Viele Bonner wollen eine saubere und ordentliche Stadt.
- Bonn hat aber Probleme mit Müll, Vandalismus und Graffiti.
- Laut AfD werden solche Taten oft nicht genug bestraft.

Forderungen der AfD:

- Gegen Vermüllung und Zerstörung: Die AfD will, dass Schäden im öffentlichen Raum stärker bekämpft werden.
- Unterstützung für Eigentümer: In schweren Fällen sollen Haus- und Grundstücksbesitzer Geld von der Stadt bekommen, um Schäden zu beseitigen.
- Innenstadt:
    - Betteln soll verboten werden.
    - Auch das Übernachten auf Straßen und Plätzen soll verboten werden.
    - Gleichzeitig soll die Stadt Unterkünfte für Obdachlose bereitstellen und dafür Geld ausgeben.
- „Spaßtage“ am Kaiserplatz und in der Hofgartenwiese:
    - Dabei treffen sich jedes Jahr Punker, oft mit viel Alkohol.
    - Anwohner klagen über Müll, Lärm, Urin und Kot.
    - Die AfD sagt: Auch wenn Punker friedlich sind, sollen die „Spaßtage“ nicht verlegt, sondern ganz verboten werden.
    - Dieses Verbot müsse dann auch streng durchgesetzt werden.

4. Verkehr & Mobilität

- Straßenverkehr soll vor allem der Mobilität der Menschen dienen – nicht politischer Erziehung.

- Bonn gehört laut General-Anzeiger (7. Januar 2025) zu den zehn staureichsten Städten in Deutschland (Platz 8).
- Die AfD sagt: Das liegt an Entscheidungen der links-grünen Ratskoalition, die das Auto unattraktiv machen will.
- Die AfD will, dass die Bürger frei wählen können, ob sie Auto, Bahn, Fahrrad oder etwas anderes nutzen.

Straßen- und Stadtbahn

- Zeit ist in einer modernen Gesellschaft sehr wichtig.
- Die Westbahn (Hardtbergbahn) wird seit über 50 Jahren geplant, aber nie gebaut.
    - Die AfD will, dass dieses Projekt endlich umgesetzt wird.
- Die Bahnlinien 61/62 sollen bis Bad Godesberg verlängert werden.
- Bahnübergänge sind oft lange geschlossen, Autofahrer müssen Umwege fahren.
    - Lösung: Unterführungen bauen, wo es möglich ist.

Fahrradverkehr

- Fahrradfahren ist eine gute Alternative in der Stadt.
- Wenn Autos und Fahrräder sich die Straße teilen, ist das für beide Seiten oft schwierig.
- Die AfD will:
    - Zwei Radschnellwege (Ost-West und Nord-Süd).
    - Diese sollen möglichst getrennt vom Autoverkehr verlaufen.
    - Für die Nord-Süd-Richtung soll das linke Rheinufer genutzt werden.

Seilbahn

- Die geplante Seilbahn auf den Venusberg lehnt die AfD ab.
- Begründung: Sie sei ein teures Prestigeprojekt ohne Nutzen.

Tempo 30

- Tempo-30-Zonen auf wichtigen Straßen (z. B. Reuterstraße, Burgstraße) lehnt die AfD ab.
- Begründung: Sie seien Schikane für Autofahrer und bringen weder mehr Sicherheit noch besseren Lärmschutz oder saubere Luft.

Radarkontrollen

- Geschwindigkeitskontrollen sollen der Sicherheit dienen, nicht nur Geld einbringen.
- Sie sollen an Gefahrenstellen stattfinden, nicht dort, wo man am meisten kassiert.
- Die Anschaffung neuer mobiler Blitzer („Enforcement Trailer“) lehnt die AfD ab.

Parkgebühren

- Die Parkgebühren in Bonn sind laut AfD viel zu hoch:
    - In der Innenstadt bis zu 4 € pro Stunde.
    - Für Anwohner stieg der Preis von ca. 30 € auf 360 € im Jahr (Stand 2024).
- Die AfD will: freie Wahl des Verkehrsmittels, ohne hohe Gebühren oder Verbote.

5. Bauen & Wohnen

- Wohnen ist eine Grundfreiheit: Jeder soll selbst entscheiden können, wo er wohnt und ob er Eigentum erwerben möchte.
- Nachbarschaften sollen aus freiwilligem Miteinander entstehen – nicht durch Zwang.

Kritik der AfD:

- Massenzuwanderung verschärft laut AfD die Wohnungsnot.
- Lösung: Mehr Abschiebungen („Rückführungen“) durch das Ausländeramt, um Wohnraum frei zu machen.
- Mehr Bebauung führt zu Problemen:
    - Flächenversiegelung (weniger Natur, mehr Beton).
    - Belastung des Abwassersystems.
- Die AfD sagt: Keine Grünflächen oder Erholungsgebiete sollen bebaut werden, um Wohnraum für Migranten zu schaffen.

Forderungen der AfD:

- Keine Politik, die „künstlich Diversität erzwingen“ will.
- Wenn neuer Wohnraum entsteht, soll er effizient gebaut werden.
- Bauämter sollen Bauen ermöglichen, nicht verhindern.

- Leerstehende Wohnungen müssen besser genutzt werden.

6. Kultur & Denkmalpflege

- Für die AfD bedeutet Kultur nicht nur Theater oder Konzerte, sondern auch das Alltagsleben und das Bewusstsein für nationale, regionale und lokale Traditionen.
- Das Stadtbild soll schön bleiben – es gehört zum kulturellen Gedächtnis.
- Die AfD meint: Ein „linker Kulturkampf“ will dieses Gedächtnis auslöschen.

Umbenennung von Schulen

- Die AfD ist gegen eine Umbenennung des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums.
- Begründung: Arndt sei eine wichtige Person für das deutsche Nationalbewusstsein.
- Würde sein Name verschwinden, wäre das laut AfD ein weiterer Schritt, die historische Identität zu zerstören.

Kriegsdenkmäler

- Viele Kriegsdenkmäler in Bonn sind laut AfD in schlechtem Zustand:
    - schwer zugänglich,
    - beschädigt durch Vandalismus,
    - dringend restaurierungsbedürftig.
- Damit könnten sie ihren Zweck – Erinnerung an gefallene Soldaten – nicht erfüllen.
- Beispiele:
    - Denkmäler im Baumschulwäldchen,
    - am Rheinufer bei der Villa Cahn.
- Die AfD fordert eine große Restaurierungsaktion für alle Kriegsdenkmäler.
- Dazu gehören auch die beiden Bismarcktürme (in der Rheinaue und in der Elisabethstraße).

7. Finanzen

- Der Haushalt der Stadt Bonn beträgt 2025 knapp 1,8 Milliarden Euro.

- Trotzdem gibt es ein Defizit von rund 85 Millionen Euro – also mehr Ausgaben als Einnahmen.
- Die AfD sagt: Bonn hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem.
- Seit 2021 wurden unter Oberbürgermeisterin Dörner etwa 600 neue Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen.

Forderungen der AfD:

- Eine strenge Haushaltspolitik – das Geld der Stadt soll sparsam und nur im Interesse der Bürger ausgegeben werden.
- Die neu geschaffenen Stellen in der Verwaltung sollen geprüft und, wenn sie unnötig sind, gestrichen werden.
- Kein Geld für linksliberale Projekte – dazu zählt auch die Umsetzung des städtischen „Klimaplans".
- Keine neuen Steuern.
- Grundsteuer A und B (für Land- und Hausbesitzer) sowie die Gewerbesteuer sollen deutlich gesenkt werden.
- Eine neue Grundsteuer C (für unbebautes Bauland) lehnt die AfD ab.
- Auch sonst sollen Wohnraum und Mieter nicht stärker belastet werden.

8. „Den linken Sumpf trockenlegen" *[keine kurze Übersetzung möglich]*

- Gemeinnützige Vereine (z. B. im Karneval, Sport, in der Obdachlosenhilfe oder Jugendarbeit) leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft.
- Deshalb bekommen sie vom Staat steuerliche Vorteile.

Kritik der AfD:

- Politischer Aktivismus ist nicht gemeinnützig, weil er nicht allen dient, sondern nur bestimmten Interessen.
- Es gibt Vereine, die offiziell als gemeinnützig gelten, aber in Wirklichkeit vor allem politisch aktiv sind.
- Diese Vereine stammen laut AfD meistens aus dem linken oder linksradikalen Bereich.
- Sie würden die Gemeinnützigkeit missbrauchen, um Vorteile für ihre politische Arbeit zu haben.

Forderung der AfD:

- Die AfD will im Stadtrat erreichen, dass Vereinen, die gegen die Regeln der Gemeinnützigkeit verstoßen, der Status entzogen wird.

9. Wirtschaft, Energie und Umwelt

- Die AfD-Wirtschaftspolitik will vor allem den Mittelstand fördern.
- Bonn soll sich wirtschaftlich nicht nur auf seine Rolle als Verwaltungssitz oder auf große internationale Konzerne verlassen.

Mittelstand stärken

- Mittelständische Unternehmen sind das Herzstück der Wirtschaft.
- Sie brauchen Freiraum für Wachstum und Veränderung.
- Dafür müssen die Rahmenbedingungen in Bonn attraktiv sein.
- Die AfD sagt: Durch die Migrationspolitik ist die Infrastruktur überlastet – dadurch fehlen diese Freiräume.

Gewerbe- und Industrieflächen

- In Bonn gibt es zu wenige Gewerbe- und Industrieflächen.
- Neue Flächen können nur dann entstehen, wenn sich die räumliche Lage in der Stadt entspannt.

Naturschutz

- Für die AfD bedeutet Naturschutz auch Heimatschutz – und das sei ein wichtiges konservatives Anliegen.
- Die AfD meint: In der aktuellen Umweltpolitik der anderen Parteien liegt der Fokus nur auf Klimaschutz.
- Dadurch werde der Naturschutz vernachlässigt oder gar bedeutungslos.
- Die AfD will, dass Naturschutz wieder wichtiger wird.

10. Schule, Bildung und Familie

Schulen und Bildung

- Das deutsche Bildungssystem hat große Probleme, auch bei neuen Studierenden.

- Die AfD sagt: Schon auf kommunaler Ebene (also auch in Bonn) muss etwas getan werden.
- Alle Schularten in Bonn sollen erhalten bleiben.
- Besonders wichtig seien die nicht-gymnasialen Schulformen (z. B. Haupt- und Realschulen), weil dort:
    - gute Sprachkenntnisse (Deutsch in Wort und Schrift)
    - und Grundwissen in Mathematik
      für Alltag und Beruf besonders gefördert werden können.
- Die AfD lehnt es ab, dass Gesamtschulen bevorzugt und andere Schulformen benachteiligt werden.

Religion und Extremismus

- Religiöser Extremismus darf an Schulen keinen Platz haben.
- Beispiel: Die AfD kritisiert Vorfälle wie eine „Scharia-Polizei“ am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium.
- Solche Aktivitäten sollen streng verboten und verhindert werden.

Politik in der Schule

- Kinder sollen nicht politisch beeinflusst werden.
- Laut AfD versuchen Lehrer im Unterricht oft, Schüler links oder linksextrem zu prägen.
- Die AfD fordert: Solche Fälle müssen bestraft werden.

Kindergärten

- In Bonner Kitas gibt es oft Ausfälle bei der Betreuung, weil zu wenig Personal da ist.
- Die Stadt muss wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Personalmangel zu beheben.

Familie

- Für eine gesunde Entwicklung brauchen Kinder eine gefestigte Identität.
- Die Bedeutung von Familie und Familientraditionen soll gestärkt werden.
- Das gilt besonders für Kinder mit Migrationshintergrund:
    - Sie sollen ein positives Verhältnis zu ihrer Herkunft entwickeln.
    - Das will die AfD unterstützen.

11. Sport

- In Bonn gehört der Sportbereich zum Dezernat für Sport und Kultur.
- Die AfD sagt: Der Sport werde dort vernachlässigt, weil Kultur viel stärker gefördert werde.
- Forderung: Sport soll ein eigenes Dezernat bekommen, um seiner Bedeutung gerecht zu werden.

Bedeutung von Sport

- Sport hilft im Kampf gegen Fettleibigkeit und gesundheitliche Probleme.
- Deshalb will die AfD die Förderung von Bonner Sportvereinen verstärken.
- Breitensport (für alle) und Leistungssport (für Profis) sollen sich gegenseitig unterstützen.
- Sportvereine sind wichtig, weil sie:
    - ein vielfältiges Angebot sichern,
    - Eltern bei der Betreuung der Kinder entlasten.
- Das Sportangebot in Bonn soll nicht großen Fitnessketten überlassen werden.

Schwimmen

- Schwimmen ist für die AfD besonders wichtig für die Entwicklung junger Menschen.
- Bonn soll dafür genug Schwimmmöglichkeiten bereitstellen.

Kultureller Aspekt

- Die AfD sagt: Die deutsche Kultur ist körperfreundlich.
- Körperfeindliche Tendenzen aus anderen Kulturen sollen früh zurückgewiesen werden.